

Hamm, 04.02.2009

Presseerklärung

Nur Moldawien zahlt schlechter

Schlechte Besoldung führt zu erheblichen Nachteilen für den Bürger.
Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW unterstützt den Beamtenbund (dbb) und fordert eine Besoldungserhöhung von 8%.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte unterstützt die vom dbb für den öffentlichen Dienst geforderte Besoldungserhöhung von 8% und nimmt deswegen an der am 04.02.2009 in Düsseldorf stattfindenden Kundgebung des dbb teil.

Die Besoldung der jungen Richter und Staatsanwälte in Deutschland ist im europäischen Vergleich auf dem vorletzten Platz – der letzte Platz wird von Moldawien belegt. Das ergibt sich aus einer Studie des Europarates. Deshalb ist der Beruf des Richters bzw. Staatsanwalts derzeit für hochqualifizierte Juristen zunehmend weniger interessant. Trotz freier Stellen fällt es dem Land immer schwerer, passende Bewerber zu finden. Nicht besetzte Stellen verursachen längere Verfahrensdauern. Wenn dieser Trend nicht gestoppt werden kann, wird man künftig auch die derzeit immer noch hohe Qualifikation von Richtern und Staatsanwälten nicht mehr halten können. Die Konsequenzen wird dann der rechtssuchende Bürger tragen müssen.

Aktuell verdient ein junger Richter oder Staatsanwalt netto knapp 2.200,- €. Diese Besoldung ist nach der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Münster nicht mehr dem Amt der Richter und Staatsanwälte angemessen und damit verfassungswidrig. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW fordert daher eine Besoldungserhöhung von 8%.

„Die aktuelle Besoldungshöhe ist untragbar!“ erklärt der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte NRW Reiner Lindemann. „Sie entspricht weder der Qualifikation der Richter und Staatsanwälte des Landes noch der von Ihnen zu tragenden Verantwortung.“ Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen verdient zum Beispiel eine junge Richterin weniger als ein gleichaltriger Facharbeiter. Selbst Spitzenpositionen in der Justiz werden schlechter honoriert als Berufsanfänger in einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei. Gute Justiz setzt aber angemessene Bezahlung voraus.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Reiner Lindemann 0171/6458244.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW – DRB – ist mit über 3000 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.